

Schweiz

SVP setzt die Parteien unter Druck, im Wahlkampf mehr auszugeben

Die Parteien müssen ihre Budgets massiv erhöhen, damit sie der Volkspartei das Wasser reichen können.

Von David Schaffner, Bern

Mitten im Sommerloch 2010 hat die SVP den anderen Parteien mit einem ersten Vorgeschmack auf den Wahlkampf 2011 einen Schock verpasst: Für ihre Volksbefragung zur Ausländerpolitik verschickte sie in alle Haushalte eine mehrseitige Broschüre und gab damit laut Politikberater Mark Balsiger rund 800 000 Franken aus. Mit dieser aussergewöhnlich teuren Aktion langte vor den Parlamentswahlen im Herbst 2011 machte die Volkspartei klar: Wer sich mit ihr messen will, muss tief in die Tasche greifen.

In den Parteisekretariaten ist diese Botschaft nicht ungehört geblieben: Obwohl die Parteien ihre Finanzierung in der Schweiz nicht offenlegen müssen und Angaben zu den Budgets sehr rar sind, geben die Präsidenten von FDP und CVP bekannt, wie viel Geld sie 2011 für den Wahlkampf aufwenden: FDP-Präsident Fulvio Pelli stehen 2,6 Millionen Franken zur Verfügung, CVP-Präsident Christophe Darbellay gar 3 Millionen. Das sei dreimal mehr als 2007, frohlockt Darbellay. Um wie viel die Preisnennungen ihre Kriegskasse aufstocken, verrät Pelli nicht. Immerhin: Wenn möglich, sollen es 2011 mehr als die geplanten 2,6 Millionen werden.

Der Kassenwart ist vorsichtiger

Als Gehr für die sprunghafte Erhöhung geben Politiker und Werbestrategen den prall gefüllten Geldbeutel der SVP an: Die Blocher-Partei verfüge schon lange über weit höhere Summen als ihre Konkurrentinnen und bringt diese in Bedrängnis: «Die Kosten eines Wahlkampfes sind massiv gestiegen, weil die SVP die Messlatte sehr hoch setzt», erklärt Nationalrat Pirmin Bischof, Finanzverantwortlicher bei der CVP. Wie viel Geld die Volkspartei nächstes Jahr in die Hand nehmen wird, will ihr Generalsekretär Martin Baltisser nicht verraten: «Wie bei jeder Kampagne handelt es sich um eine rollende Planung», sagt er. «Je nach vorhandenen Mitteln und Bedarf setzen wir mehr oder weniger ein.» SVP-Nationalrat Hans Fehr, Mitglied des Wahlkampfteams, ergänzt: «Es ist gut möglich, dass wir mehr ausgeben als 2007.»

Die Grünen glauben, dass sie mit dem Budget der SVP drei Wählerprozente gewinnen könnten.

Trotz der frühen Ankündigung dürfte es FDP und CVP nicht so leicht fallen, die geplanten Gelder tatsächlich aufzutreiben: «Der Kampf um Spendengelder wird immer härter», sagt Mark Balsiger. «Die Parteien und eine grosse Zahl von gemeinnützigen Organisationen wie Greenpeace oder WWF konkurrieren sich.» Balsiger vermutet, dass hinter der ungewöhnlichen Transparenz von FDP und CVP eine Strategie stehe: «Sie nennen hohe Zahlen, damit ihre Sympathisanten dieses Mal mehr spenden.» Auffällig ist, dass sich der CVP-Finanzverantwortliche Bischof deutlich vorsichtiger äussert als sein Präsident Darbellay: «Fundraising ist in den letzten Jahren schwieriger geworden. Unser Minimalziel ist, dass wir im nächsten Jahr leicht mehr Geld zur Verfügung haben als 2007», sagt Bischof.

Grüne gewinnen mit wenig Geld Geld allein regiert die Schweiz allerdings noch nicht: Wahlkampfexperte Balsiger betont: «Wer gute Themen setzt und die Leute bei ihren Sorgen abholt, kann auch mit bescheidenen Mitteln punkten.» Das beste Beispiel dafür seien die Grünen: «Sie haben kaum Geld und eilen doch von einem Wahlsieg zum nächsten.» Der Präsident der Grünen, Ueli



Die Kampagne von 2007 übertrumpfen: Fürs nächste Wahljahr werden die Budgets massiv erhöht. Foto: Steffen Schmidt (Keystone)

Leuenberger, erklärt diesen Erfolg einerseits «mit dem sehr hohen Einsatz unserer Mitglieder für die Partei, beispielsweise an Standaktionen». Andererseits würden Umweltthemen die Bevölkerung sehr stark beschäftigen. «Hier verfügen wir über die richtigen Antworten», so Leuenberger. Trotz der Erfolge an vielen kantonalen Wahlen kann er nicht verhehlen, dass auch sie gerne mehr Geld hätten. «Würden wir über das Budget der SVP verfügen, könnten wir jeweils zwei bis drei Prozent mehr Wähleranteile für uns gewinnen.» 2007 hatten die Grünen laut Leuenberger ein nationales Budget von bloss 45 000 Franken.

Absehbar ist, dass 2011 ein Streit über die Parteienfinanzierung entbrennt: Linke Politiker fordern schon lange, dass Parteien öffentlich Rechenschaft über ihre Spenden ablegen müssen. Heute gibt es über die Herkunft bloss Vermutungen: Demnach erhalten FDP, CVP und SVP vor allem aus der Wirtschaft viel Geld – die SVP verfüge zusätzlich über millionenschwere parteiinterne Spender wie Christoph Blocher. Linke Parteien finanzieren sich hauptsächlich über kleine Spenden von Mitgliedern.

Leuenberger, erklärt diesen Erfolg einerseits «mit dem sehr hohen Einsatz unserer Mitglieder für die Partei, beispielsweise an Standaktionen». Andererseits würden Umweltthemen die Bevölkerung sehr stark beschäftigen. «Hier verfügen wir über die richtigen Antworten», so Leuenberger. Trotz der Erfolge an vielen kantonalen Wahlen kann er nicht verhehlen, dass auch sie gerne mehr Geld hätten. «Würden wir über das Budget der SVP verfügen, könnten wir jeweils zwei bis drei Prozent mehr Wähleranteile für uns gewinnen.» 2007 hatten die Grünen laut Leuenberger ein nationales Budget von bloss 45 000 Franken.

Grüne gewinnen mit wenig Geld

Geld allein regiert die Schweiz allerdings noch nicht: Wahlkampfexperte Balsiger betont: «Wer gute Themen setzt und die Leute bei ihren Sorgen abholt, kann auch mit bescheidenen Mitteln punkten.» Das beste Beispiel dafür seien die Grünen: «Sie haben kaum Geld und eilen doch von einem Wahlsieg zum nächsten.» Der Präsident der Grünen, Ueli

Leuenberger, erklärt diesen Erfolg einerseits «mit dem sehr hohen Einsatz unserer Mitglieder für die Partei, beispielsweise an Standaktionen». Andererseits würden Umweltthemen die Bevölkerung sehr stark beschäftigen. «Hier verfügen wir über die richtigen Antworten», so Leuenberger. Trotz der Erfolge an vielen kantonalen Wahlen kann er nicht verhehlen, dass auch sie gerne mehr Geld hätten. «Würden wir über das Budget der SVP verfügen, könnten wir jeweils zwei bis drei Prozent mehr Wähleranteile für uns gewinnen.» 2007 hatten die Grünen laut Leuenberger ein nationales Budget von bloss 45 000 Franken.

Absehbar ist, dass 2011 ein Streit über die Parteienfinanzierung entbrennt: Linke Politiker fordern schon lange, dass Parteien öffentlich Rechenschaft über ihre Spenden ablegen müssen. Heute gibt es über die Herkunft bloss Vermutungen: Demnach erhalten FDP, CVP und SVP vor allem aus der Wirtschaft viel Geld – die SVP verfüge zusätzlich über millionenschwere parteiinterne Spender wie Christoph Blocher. Linke Parteien finanzieren sich hauptsächlich über kleine Spenden von Mitgliedern.

Zahlreiche Rücktritte

Ohne Hämmerle und Simoneschi Bis Weihnachten war von 19 National- und 6 Ständeräten bekannt, dass sie 2011 auf eine erneute Kandidatur verzichten. Von der SVP sind dies die Nationalräte Walter Glur und Liem Füglistaller (beide AG), Simon Schenk (BE), Peter Föhn (SZ) und Theophil Pfister (SG). Bei der SP treten Doris Stump (AG), Andrea Hämmerle (GR), Jean-Claude Rennwald (JU) und Fabio Pedrina (TI) zurück. Bei der CVP räumen die Nationalräte Markus Zemp (AG), Sep Cathomas (GR), Thérèse Meyer-Kälin (FR), Elvira Bader (SO), Chiara Simoneschi-Cortes (TI) sowie die Ständeräte Theo Maissen (GR) und Hansjörg Inderkum (UR) ihre Sitze. Bei der FDP verzichten Werner Messmer (TG) und Claude Ruey (VD) auf eine weitere Amtszeit. Georges Theler will den Ständeratssitz seiner Parteikollegin Helen Leumann (LU) beerben, die nicht mehr antritt. Zudem hören die Ständeräte Rolf Büttiker (SO) und Peter Briner (SH) auf. Bei den Grünen will Nationalrätin Therese Frösch (BE) nicht mehr antreten – bei der BDP verzichtet Brigitta Gadient (GR) auf eine erneute Kandidatur. (SDA)

Bundesamt lenkt ein

Ohne direkten Kontakt mit den Tierexperimentatoren hätte er seine Studie gar nicht durchführen können, kontert Lindl die Kritik. «Ich bin enttäuscht über die Passivität des Bundesamts als auch von 3R», sagt Julika Fitzl, Tierärztin und Tierversuchsfachfrau des STS dazu. «Aus Angst vor dem möglichen Ergebnis will man eine Erfolgskontrolle, wie sie sonst überall üblich ist, bei Tierversuchen offenbar einfach nicht.» Seit der Absage an Lindl habe der STS vom BVET in der Angelegenheit nichts mehr gehört. Auf Anfrage des TA reagiert das Bundesamt jetzt: BVET-Sprecher Marcel Falk verteidigt die Ablehnung von Lindls Gesuch, betont aber, dass auch das Bundesamt die Fragestellung «als sehr relevant» beurteile. Man werde sich im ersten Quartal 2011 an den STS wenden mit dem Ziel, «ein entsprechendes Projekt in Auftrag zu geben».

Auch Stiftung 3R winkte ab

Lindl wies die Pauschalkritik an seiner Projekteingabe zurück und versuchte gleichzeitig, in der Stiftung Forschung 3R, die sich der Reduktion, der Verfeinerung und dem Ersatz von Tierversuchen verschrieben hat, den vom Bundesamt

empfohlenen «Partner aus der Tierversuchsbranche» zu finden.

empfohlenen «Partner aus der Tierversuchsbranche» zu finden. Doch Professor Peter Maier, wissenschaftlicher Berater der Stiftung, erteilte Lindl ebenfalls eine Absage. Tenor: Nur über das BVET und in enger Zusammenarbeit mit den Tierschutzbeauftragten der betroffenen Institutionen sei eine Evaluation der Tierversuche möglich.

empfohlenen «Partner aus der Tierversuchsbranche» zu finden. Doch Professor Peter Maier, wissenschaftlicher Berater der Stiftung, erteilte Lindl ebenfalls eine Absage. Tenor: Nur über das BVET und in enger Zusammenarbeit mit den Tierschutzbeauftragten der betroffenen Institutionen sei eine Evaluation der Tierversuche möglich.

De Weck soll über Nebenjob-Abgabe für TV-Stars entscheiden

Sollen Stefan Klapproth und Patrizia Laeri einen Teil ihres Honorars an die SRG abliefern, wenn sie für teures Geld Anlässe moderieren? Eine entsprechende Regelung hat der damalige Medienminister Moritz Leuenberger bereits im September 2009 angeregt. Schliesslich verdankten die Moderatoren ihre Popularität der Bildschirmpräsenz beim gebührenfinanzierten Fernsehen.

Ein gutes Jahr danach dürfen die Moderatoren ihre Gagen von 3000 bis 10 000 Franken immer noch behalten. Die vorgeschlagene Abgabe ist offenbar derart heikel, dass die Juristen und Personalverantwortlichen bei der SRG bis anhin zu keinem Resultat gekommen sind. Sie werden auch 2011 noch darüber brüten. Mit einem Vorschlag aus Bundesamt für Kommunikation (Bakom) sei erst im nächsten Jahr zu rechnen, sagt SRG-Sprecher Daniel Steiner. Dann also, wenn nach Bundesrat Moritz Leuenberger auch SRG-Generaldirektor Armin Walpen abgetreten ist und sich Nachfolger Roger de Weck himself den Nebenbeschäftigungen der Moderatoren annehmen kann.

Bei diesem delikaten Thema wolle «auch die neue Führung ein Wort mitreden», so Steiner. Dabei sei es auch durchaus möglich, dass die SRG dem Bakom am Ende vorschläge, nichts zu unternehmen. (i.s.)

Nachrichten

Wahlen 2011 CVP und FDP hoffen auf je drei Sitzgewinne im Nationalrat

Die Präsidenten von FDP und CVP zeigten sich im Hinblick auf die Wahlen 2011 zuversichtlich. Sowohl CVP-Parteichef Christophe Darbellay als auch FDP-Präsident Fulvio Pelli hoffen auf je drei zusätzliche Nationalratsitze. Langsam merkten die Leute, dass liberale Werte nicht mehr stark genug vertreten seien, zeigte sich Pelli im Interview mit dem «SonntagsBlick» überzeugt. Deshalb rechne er mit einem Fortschritt für die FDP. CVP-Präsident Darbellay will das Mittelepotenzial mit Listenverbindungen mit anderen Mitteparteien sichern. Zur Mitte zählt er die BDP, die Grünliberalen und die EVP. «Die Mitte zählt sehr viele kleine Parteien, die in vielen Kantonen nur 1 bis 3 Wählerprozente machen werden», begründet er im Interview mit dem «Sonntag» den Vorschlag. (SDA)

Organhandel Kosovo-Botschafter kritisiert die Schweizer Medien

Der kosovarische Botschafter in der Schweiz, Naim Malaj, erhebt in der «Zentralschweiz am Sonntag» schwere Vorwürfe gegen die Schweizer Medien. In ihren Artikeln zum Europaratsbericht über den angeblichen Organhandel hätten sie nicht oder zu wenig darauf hingewiesen, dass Berichterstatter Dick Marty keine Beweise vorgelegt habe. Der kosovarische Diplomat sieht aber keine Verschlechterung der Beziehungen Schweiz-Kosovo. «Wir wissen, dass Martys Bericht nicht die offizielle Haltung der Schweizer Regierung wiedergibt.» Bundesrätin Micheline Calmy-Rey habe ja klargestellt, dass die Vorwürfe nun abgeklärt werden müssten. Vom Marty-Bericht stark betroffen sei aber die kosovarische Gemeinschaft in der Schweiz. «Sie ist unter anderem schwer enttäuscht über die Haltung der Presse.» (SDA)

Komplementärmedizin Entscheid des Fachgremiums soll überprüft werden

Die nationale Geschäftsprüfungskommission (GPK) wird sich voraussichtlich des Dossiers Komplementärmedizin annehmen. Der formelle Entscheid, ob sie die Funktionsweise der Eidg. Leistungs- und Grundsatzausschuss (ELGK) untersuchen wird, fällt Ende Januar. Insbesondere die ELGK-Empfehlung, die Homöopathie, die Phytotherapie, die Neuraltherapie, die anthroposophische und die Traditionelle Chinesische Medizin nicht wieder in die Grundversicherung aufzunehmen, steht zur Debatte. GPK-Präsidentin Maria Roth-Bernasconi (SP, GE) bestätigte eine Meldung der «NZZ am Sonntag». (SDA)

Tierversuche: Die Erfolgskontrolle fehlt

Das zuständige Bundesamt wollte nichts wissen von einem Forschungsprojekt, das den Erfolg von Tierversuchen messen will. Nun korrigiert es seine Haltung.

Von Felix Maiese

Wer in der Forschung Tiere einsetzt, muss genau begründen, weshalb deren Einsatz nötig ist. Laut Tierschutzgesetz sind Tierversuche auf das unerlässliche Mass zu beschränken. Seit Jahren kritisieren Tierschützer, dass die Bewilligungsbehörden den Forschern gegenüber nicht streng genug seien. Mehrere politisch unverdächtige Studien haben in den letzten Jahren den grundsätzlichen Stellenwert von Tierversuchen relativiert. So kommt etwa die «US-Food and Drug Administration» zum Schluss, dass die Effizienz von Tierversuchen, aus denen letztlich neue Medikamente entwickelt werden sollen, derzeit unter 10 Prozent liege. Welche Ergebnisse Tierversuche tatsächlich erbringen, ist bis heute noch wenig erforscht.

Deshalb wollte Toni Lindl, Professor am Münchener Institut für angewandte Zellkultur, anhand der in der Schweiz zwischen 2001 und 2004 bewilligten

und seither abgeschlossenen Versuche des für die Tiere besonders belastenden Schweregrads 3 eine Erfolgskontrolle vornehmen. Lindl hat vor ein paar Jahren ein vergleichbares Projekt an drei bayrischen Universitäten durchgeführt. Dabei ging es ausschliesslich darum, festzustellen, ob die Wissenschaftler das in den Bewilligungsanträgen selber postulierte Versuchsziel erreichen konnten.

Nutzen bescheiden

Analysiert wurden dazu die von den Forschern verfassten Publikationen und die Zitierung und übrigen Spuren ihrer Resultate in weiteren Forschungen, Publikationen, Patenten, Verträgen oder klinischen Studien. Lindls Befund war ernüchternd: Nur rund 30 Prozent der Versuche hielten den von den Forschern formulierten Erwartungen stand – gar nur bei 4 Prozent konnte ein direkter Zusammenhang zwischen Befunden aus dem Tierversuch und dem Mensch gefunden werden.

Nach demselben Muster wollte Lindl die bewilligten Schweizer Tierversuche des Schweregrads 3 rückblickend evaluieren. Angefragt hatte ihn der Schweizer Tierschutz (STS), der sein Forschungsgesuch ans Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) veranlasst und begleitet hatte.

«Eine Studie zur Qualität und Aussagekraft von in der Schweiz durchgeführten Tierversuchen ist grundsätzlich zu befürworten», hatte der Bundesrat im Mai 2009 auf eine Interpellation der grünen Baselbieter Nationalrätin Maya Graf geantwortet und eine Prüfung des Anliegens im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten in Aussicht gestellt. Das Projekt schien auf guten Wegen.

Die Hoffnung der Tierschützer zerbrach ein Jahr später. Am 13. Juli beschied das BVET in einem dem TA vorliegenden Brief dem Münchener Professor, dass sein Projekt abgelehnt werde. «Die Entscheidung gründet auf dem Fehlen klarer Kriterien und Evaluationsmethoden im Studiendesign und dem unrealistisch hohen Kostenrahmen. Wir empfehlen Ihnen, das Projekt zusammen mit Partnern aus der Tierversuchsbrennweite zu überarbeiten, weil deren Kooperation zum Erlangen des Versuchsziels Voraussetzung ist», heisst es in dem 11-Zeilen-Schreiben.

Auch Stiftung 3R winkte ab

Lindl wies die Pauschalkritik an seiner Projekteingabe zurück und versuchte gleichzeitig, in der Stiftung Forschung 3R, die sich der Reduktion, der Verfeinerung und dem Ersatz von Tierversuchen verschrieben hat, den vom Bundesamt